

## **Bemerkung zur Stellungnahme zu - Wiedergabe des Telefongesprächs mit Herrn Steffens am 22.11.2021 – von Jürgen Keymer**

1. *„Schließlich aber sagte Herr Steffens an einer andern Stelle des Gesprächs, man habe in die FNPÄ alle Flächen hinzugenommen, an denen Bauanträge gestellt worden sind.“*

Nun stellt es sich mir schlimmer dar als ich es vermutet hatte: Formuliert hatte ich „*Bauanträge*“ und meinte dies im übertragenen Sinne: ein Antrag an die Stadt, um letztlich an einem Ort bauen zu können und nicht wie Herr Steffens darlegte, einen Bauantrag im Sinne des Baurechts der selbstverständlich nur auf ausgewiesenem Bauland erfolgreich bewilligt werden kann. Ein solcher „Antrag“ ist seinen Ausführungen nach gar nicht erforderlich. Es reicht einfach, die Fläche oder mehrere Flächen zu „benennen“, auf denen man später einmal bauen möchte. Dann werden diese Flächen in eine **FNPÄ** (Flächennutzungsplan-Änderung) aufgenommen und schon muss sich die anliegende Bevölkerung dazu äußern. Sind deren Bedenken nicht stichhaltig genug, oder der Rat der Stadt entscheidet einfach anders, wird nach den Verfahrensschritten (siehe sein Schreiben) über kurz oder lang Bauland aus der oder den Flächen. Man braucht sich also nicht zu wundern, dass der Flächenverbrauch in Deutschland so riesig ist. Nur 10% der Landfläche (ohne Antarktis und Seen) ist als Ackerboden nutzbar.

2. *„Kann man Anträge stellen, dass Naturflächen einfach bestehen bleiben, also das Gegenteil? Die Frage wurde natürlich nicht direkt beantwortet.“*

Hierbei bin ich davon ausgegangen, dass bei der Aufstellung der FNPÄ seitens der Verwaltung vorgeprüft wird, was in die FNPÄ aufgenommen wird. Dann hätte ein Antrag auf Erhaltung einer Fläche ein größeres Gewicht; schon vorab hätte dargelegt werden können, wie wichtig die Fläche ist und ein großer Verwaltungsaufwand wäre den Bürgern mit ihren Einwänden und der Stadt erspart geblieben. Beispielsweise müsste dann die Benennung einer Fläche durch einen einzigen Bauunternehmer abgewogen werden gegen die Anträge der umliegenden Bevölkerung auf Erhalt. Diese Vorprüfung wird offenbar leider nicht vorgenommen.

3. *„Ich sagte, ich fühlte mich von der Stadt angegriffen, in meiner Freiheit. Das Wort ‚Angriff‘ wollte er [Herr Steffens] nicht stehen lassen. Es ist aber so! Die Stadt plant über die Köpfe der Bürger hinweg und die Bürger müssen sich damit auseinandersetzen.“*

Nach wie vor empfinde ich es als Angriff, weil ich mich als Bürger beteiligen **muss**, um nicht als Spielball wirtschaftlicher und vielleicht persönlicher Interessen Anderer missbraucht zu werden. Ich werde (siehe Punkt 4) angestoßen, muss also agieren, mich aus meinem Kreis heraus bewegen und kann wie Archimedes nur rufen: „Zerstöre meine Kreise nicht!“ Meine Freiheit, zu denken und mich 100-prozentig auf physikalisch-mathematische Probleme zu konzentrieren, ist gestört.

4. *„Herr Steffens spricht von einem höchst demokratischen Prozess. Ich denke an Vertuschung und vielleicht Vetternwirtschaft oder Opportunismus.“*

Wenn ich von einer Nachbarin von der FNPÄ in Kenntnis gesetzt werde, die ihre Information von einer anderen Person hat, liegt der Verdacht der Vertuschung (d. h. möglichst wenig bekannt machen, um nicht zu viel Widerspruch zu ernten) nicht fern —

## **Bemerkung zur Stellungnahme zu - Wiedergabe des Telefongesprächs mit Herrn Steffens am 22.11.2021 – von Jürgen Keymer**

insbesondere, weil die Maßnahme letztlich massiven Eingriff in meine Lebensumstände nimmt. Ein Zuzug massenweise neuer Bürger beeinflusst alles (das gesamte soziale Leben, mit unabsehbaren Folgen). Es ist kein offenes Vorgehen seitens der Stadt, weil ich nicht persönlich, direkt von der Stadt angesprochen (angeschrieben) und über Fristen informiert wurde, nach deren Ablauf ich keine Möglichkeit mehr habe, auf das Vorverfahren zum Bauland Einfluss zu nehmen. Eine In-Kennntnis-Setzung über meine Rechte ist bei viel unwichtigeren Themen im Allgemeinen der Fall. Warum nicht hier?

„Cui bono“: Wer profitiert davon?: Wenn ich erfahre, dass der derzeitige Bürgermeister Vorstandsvorsitzender des Dürener Bauvereins, eine Aktiengesellschaft, gewinnorientiert, ist und der Landrat Vorstandsmitglied, sehe ich deren persönliche Interessen an oberster Stelle vertreten. Natürlich kann ich auch diesen Personen nicht Vetternwirtschaft oder Opportunismus vorwerfen, aber ein Verdacht schleicht sich ein.

Zur Demokratie: Hatte ich bei der Kommunalwahl die Wahl, mich für einen Kandidaten zu entscheiden, der diese für mich und viele andere so wichtige Fläche verteidigt? Haben die Politiker im Vorfeld kommuniziert, wie sie zur Bebauung im Einzelnen stehen? Ist es demokratisch – und gerecht, wenn Dürener Politiker aus entlegenen Stadtteilen über diese für mich persönlich wichtige Fläche entscheiden?

Diese Fläche ist in Jahrhunderttausenden entstanden und soll in wenigen Jahren bebaut und damit der Natur entzogen werden. Ist nichts heilig? Aus welchem Hut soll Gott das Brot zaubern, wenn gebetet wird, „Unser tägliches Brot gib uns heute.“ Andererseits verhungern überall Menschen und es bestehen und drohen Hungersnöte. Von dort fliehen Menschen dann zu uns. Um der Ernährung Willen sind alle Agrarflächen schützenswert.

Mit der Ausweisung dieser Prüffläche ist das Prinzip der Lückenschließung verletzt. Der Bebauung – scheinbarweise – bis Birgel ist keine Grenze mehr gesetzt.

Selbstverständlich ist es schön, wenn Menschen andernorts Düren schön finden, vielleicht auch gerade wegen Flächen wie der unseren. Diesen sollte trotz des Schutzes der Flächen, begrenzt die Möglichkeit des Zuzugs gegeben werden. Damit einhergehend wäre es auch schön, wenn kommuniziert würde, dass der Altersstand der Bevölkerung hoch ist und sich aus deren Ableben wiederum Leerstand ergibt, der genutzt werden sollte, ein wenig Geduld ist gefragt. Außerdem könnte seitens der Stadtentwicklung innerstädtisch geplant und umgebaut werden, um dort mehr Wohnraum entstehen zu lassen. Ein aktives Anwerben 30.000 neuer Bürger für den Kreis Düren (mehr als 11% der Bevölkerung), das der Landrat anstrebt, halte ich für verantwortungslos. Gerade der Klimawandel, die Umweltzerstörung und -verschmutzung sollten Stopp-Zeichen sein, damit man innehält und sich fragt, was tun wir eigentlich? Können wir noch weiterhin so planen wie bisher? Der letzte Rest der Natur bedarf des Schutzes mehr denn je!

Wir sind alle nur zu Gast auf dieser Erde.

Im Sinne der Kinder.